

Vorläufig kein Streik der Bankbeamten.

Die Befürchtungen, daß das gegenwärtige Streikfever auch auf die Bankbeamten übergreifen würde, haben sich wenigstens für den Augenblick erfreulicherweise als übertrieben herausgestellt. Die Verhaftung des Karl Emonts vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten hatte in den Kreisen der gesamten Bankbeamenschaft begreifliches Aufsehen erregt, und namentlich der Anhänger des genannten Verbandes hatte sich zunächst eine gewisse Bestürzung bemächtigt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch die Entschliessung, welche die gestrige Versammlung in den Germania-Sälen in der Chausseestraße gefaßt hatte, angesehen werden. In dieser Entschliessung war die Arbeitsniederlegung für heute mittag 12 Uhr vorgesehen für den Fall, daß Herr Emonts bis zu dieser Stunde noch nicht aus der Haft entlassen sein würde. — Nachdem sich die Erregung aber etwas gelegt hatte, gab der Allgemeine Verband heute vormittag durch seine Vertrauensleute den einzelnen Betrieben selbst Weisung, die Arbeitsstätte einstweilen nicht zu verlassen. Vielmehr sollte abgewartet werden, bis dem Verband die Gründe, die zu der Verhaftung seines Geschäftsführers Emonts geführt haben, bekannt geworden sind. Der Verband hatte sich in seiner Weisung ausdrücklich vorbehalten, weitere Schritte zu ergreifen für den Fall, daß die Verhaftung von Emonts etwa im Zusammenhang mit einer Agitationsreise zugunsten der schwebenden Tarifverhandlungen im Bankgewerbe stehen sollte. Reichlich spät werden jetzt amtlich folgende Gründe für die Verhaftung von Karl Emonts angegeben:

Die Gründe der Verhaftung Emonts.

Ueber die Gründe der Verhaftung des Vorsitzenden des Allgemeinen Bankbeamtenverbandes, Karl Emonts, wird uns von amtlicher Stelle mitgeteilt: Die Verhaftung Emonts hat mit seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Allgemeinen Bankbeamtenverbandes, mit seinen Bestrebungen im Interesse der sozialen Besserstellung der Bankbeamten nicht das geringste zu tun. Es ist der Staatsanwaltschaft in Berlin Material in die Hände gefallen, aus dem hervorgeht, daß Emonts eine bolschewistische Propaganda großen Stils getrieben hat, von der der Allgemeine Bankbeamtenverband keine Kenntnis hatte; er habe an der Leitung jener Bewegung teilgenommen, die auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinarbeite. Auf Grund der in dieser Richtung geleiteten Ermittlungen ist die Verhaftung Emonts angeordnet worden.

Von der Staatsanwaltschaft wird dem Wolffschen Telegraphen-Büro mitgeteilt, daß die Verhaftung des Geschäftsführers des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Karl Emonts, mit seiner Tätigkeit in der Bankbeamtenbewegung nicht das geringste zu tun hat. Die Gründe dafür liegen auf ganz anderem Gebiete. Die Bankleitungen stehen der Verhaftung vollständig fern. Auch der Reichswehrminister Noske erklärt, der Verhaftung vollständig fern zu stehen; es sei übrigens eine unwürdige Unterstellung, anzunehmen, daß der Oberbefehlshaber oder die Militärbehörden sich dazu hergeben würden, die Geschäfte irgendeiner Interessentengruppe, z. B. der Bankleitungen, wahrzunehmen, indem sie etwa Verhaftungen auf deren Betreiben hin ausprägen.

Es wäre dringend zu wünschen, daß die Öffentlichkeit möglichst bald Näheres über die bolschewistische Propaganda erfährt, die zu der Verhaftung Emonts' Veranlassung gab, sowie über das gegen ihn vorliegende Beweismaterial.

Die Stellungnahme des Deutschen Bankbeamten-Vereins.

Vom Deutschen Bankbeamten-Verein geht uns folgende Erklärung zu: Wir müssen annehmen, daß die Verhaftung Emonts aus politischen Gründen erfolgt ist. Die politische Betätigung des Herrn Emonts ist auch nach den Er-

klärungen seiner Organisation Privatfache. Wir haben als politisch neutrale Organisation keine Veranlassung, zu dieser Verhaftung Stellung zu nehmen, sofern uns nicht nachgewiesen wird, daß andere als politische Gründe maßgebend sind. — Selbstverständlich müssen wir in Anbetracht dessen, daß am 3. Juli die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe wieder aufgenommen werden, bei denen Herr Emonts einer der Hauptvertreter, der Arbeitnehmer mitzuwirken hat, es außerordentlich bedauern, daß seine Verhaftung in diesem Augenblick erfolgt ist. Wir müssen annehmen, daß sich die Regierung nur aus sehr schwerwiegenden Gründen zu diesem Schritt entschlossen hat und erwarten von ihr die schnellste Bekanntgabe dieser Gründe.

Erleichterung der Lebenshaltung

Wie wir von zuständiger Regierungs- und Gemeinde-seit erfahren, wird mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits nächsten Montag, 7. Juli, begonnen.

Der Groß-Berliner Verkehrsstreik

Gestern nacht sind, wie beschlossen, alle Verkehrsmittel stillgelegt worden. Nur die Omnibusse verkehren. Auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahn hat auf Anordnung der Eisenbahndirektion den Betrieb eingestellt. In der Bekanntmachung, die vor gesperrten Bahnpostgütern die Einstellung mitteilt, ordnet die Eisenbahndirektion an, daß der Fern- und Güterverkehr aufrecht zu erhalten ist. Der Fernverkehr wird auch durchgeführt; so verkehren heute die über die Stadtbahngeleise geleiteten D-Züge nach Osten wieder von Charlottenburg, die nach Westen vom Schlessischen Bahnhof. Nur die Personenzüge werden am letzten Stadtbahnhof ihrer Fahrtrichtung abgefertigt. Sämtliche Fernbahnhöfe sind militärisch besetzt, und man hofft, den Verkehr ohne Störungen durchführen zu können. Die „Streikleitung“ erklärt auch, dem lebensnotwendigen Güterverkehr keine Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen; Lebensmittel-, Kohlen- und Leierzüge sollen also ungehindert verkehren.

Die Maßnahmen der Regierung.

Militärischer Schutz des Wagenverkehrs.

Von zuständiger Seite wird uns zu dem Streik mitgeteilt:

In Berlin wird man versuchen, den Verkehr trotz des Streiks der Straßenbahn und Hochbahn so weit als möglich aufrecht zu erhalten. Der Wagen-, Droßchen- und Autoverkehr wird militärisch geschützt werden, außerdem werden militärische Kraftwagen ebenfalls zur Personenbeförderung herangezogen werden. Ob sich der Omnibusverkehr aufrecht erhalten lassen wird, ist noch nicht ganz klar. Die Verwaltung der Omnibusgesellschaft hat den Angestellten eine monatliche Zulage von 60 M. bewilligt, die für zwei vergangene Monate nachträglich und für die drei kommenden Monate im voraus bezahlt wird, so daß die Angestellten sofort 300 M. erhalten und die regelmäßige Lohnerhöhung am 1. Oktober in Kraft tritt. Die Forderung der Angestellten ging auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 700 M., die später auf 500 M. herabgesetzt wurde. Ob sie sich mit den der Verwaltung zufrieden geben werden, ist noch unentschieden.

Auch bei der Eisenbahn ist eine regelmäßige Wiederaufnahme des Verkehrs noch nicht erfolgt. Wie schwer der Eisenbahnstreik auf das Wirtschaftsleben wirkt, geht daraus hervor, daß die städtischen Elektrizitätswerke nur noch Kohlen für drei bis vier Tage haben. Die Zufuhr von Kohlen hat bis jetzt vielfach auch deshalb verzagt, weil die Abfahrt von Kohlenzügen verhindert worden ist. Von Regierungsseite sind jetzt Maßnahmen ergriffen worden, um die Kohlentransporte zu schützen. Das Elektrizitätswerk Neutamm hat nur noch Kohlen für 1½ Tage, auch das dortige Gaswerk, das eventuell ausheilen könnte, verfügt nicht über größere Vorräte. In dem Berliner Elektrizitätswerk sind noch für sieben Tage Kohlen vorhanden.